



Medienkonferenz Beitritt zur Städtekoalition gegen Rassismus von Donnerstag, 4. Juni 2009

REFERAT VON URSULA HEITZ, LEITERIN KOMPETENZZENTRUM INTEGRATION

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienvertreterinnen und -vertreter

Der Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus verpflichtet uns zur Entwicklung und Umsetzung eines 10-Punkte-Aktionsplans.

10 Punkte – weil die Koalition 10 Punkte, oder besser gesagt Handlungsfelder, vorgibt, zu denen jede Mitgliedsstadt eigene auf ihre lokalen Bedürfnisse abgestimmte Massnahmen ergreift. Bei den 10 Punkten handelt es sich etwa um die Unterstützung von Opfern, bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, die Förderung der Chancengleichheit, die Rassismusbekämpfung durch Bildung und Erziehung oder die Förderung der kulturellen Vielfalt.

Wir sind der Meinung, dass die Erarbeitung und Umsetzung eines solchen Aktionsplans für die Stadt aber nicht in erster Linie eine Verpflichtung darstellt, sondern vielmehr eine grosse Chance: Es ist eine Chance, um ein griffiges Instrumentarium zur Rassismusbekämpfung zu erarbeiten und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Und es ist eine Chance, um die Situation betreffend Rassismus in der Stadt Bern kritisch zu überprüfen. Diese Chance haben wir nicht zuletzt den Postulantinnen und Postulanten aus dem Stadtrat zu verdanken, die den Beitritt der Stadt Bern zur Städte-Koalition 2007 in einem Vorstoss forderten. Der Gemeinderat beauftragte daraufhin das Kompetenzzentrum Integration mit der Vorbereitung des Beitritts und der Erarbeitung des Aktionsplans. Als Leiterin der zuständigen Stelle bin ich sehr stolz, Ihnen heute einen Aktionsplan mit 37 Massnahmen gegen Rassismus zu präsentieren.

Rassismus kann vielfältige Formen annehmen, das wurde im Aktionsplan berücksichtigt. Die Stadt Bern realisiert deshalb Massnahmen auf verschiedenen Ebenen, um sich wirkungsvoll gegen Rassismus einzusetzen. Mit Vielfalt gegen die Einfalt ist unser Motto!

Erstens gibt es Massnahmen zur *Sensibilisierung*: Mittels öffentlichkeitswirksamer Massnahmen sollen Bernerinnen und Berner für das Thema sensibilisiert werden und ihre Wahrnehmung für Rassismus geschärft werden.

Beispiele: Gemäss Aktionsplan wird geprüft, ob in die neue Sondernutzungskonzession mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) ein Passus betreffend rassistischer Werbung aufgenommen wird. Der Aktionsplan sieht auch die Durchführung verschiedener Sensibilisierungskampagnen vor. Und: Eine Sensibilisierungsmassnahme ist die von Edith Olibet bereits vorgestellte Plakatausstellung des Swissblacks-Jugendprojekts. Daneben gibt es aber auch Massnahmen, die ganz spezifische Zielgruppen ansprechen: So sollen für Unternehmen auf dem Immobilienmarkt Empfehlungen erarbeitet werden, um Diskriminierungen bei Vermietung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen. Weiter kann ich eine Massnahme erwähnen, die bereits angelaufen ist und vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit präsentiert wurde: Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus, das ggffon und die Orts- und Gewerbe-polizei der Stadt Bern haben gemeinsam eine Checkliste und ein Merkblatt erarbeitet bezüglich der rassistischen Einlassverweigerung in Bars, Clubs und Discos.

Zweitens gibt es Massnahmen, die unter dem Titel *Integrationsförderung* zusammengefasst werden können: Rassismus schafft Ausgrenzung und wirkt damit integrationshemmend. Die Stadt Bern erachtet deshalb die Rassismusprävention auch als Teil der Integrationspolitik. Verschiedene Massnahmen im Aktionsplan zielen darum auf die Integration von Migrantinnen und Migranten ab.

Beispiele: Das nächste Forum der „Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern“, das am 16. September 2009 stattfindet, wird zum Thema Diskriminierung durchgeführt. Es geht hierbei vor allem darum, die Anliegen und Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung zu diesem Thema auf den Tisch zu bringen und in künftige Massnahmen einfliessen zu lassen. Des weitern unterstützt die Stadt aktiv das Projekt „Mentoring mit Migrantinnen“ des Christlichen Friedensdienstes (cfd), das den Zugang von qualifizierten Migrantinnen zu Informationen und Netzwerken der Berufswelt verbessern will. Aus der Stadtverwaltung stellen sich dieses Jahr erstmals fünf Mentorinnen für das Projekt zur Verfügung.

Drittens wurden Massnahmen erarbeitet, um *Opfer zu unterstützen*, damit sie sich künftig besser gegen Rassismus und Diskriminierung schützen können.

Beispiele: Es wird geprüft, ob in der Stadtverwaltung eine Ansprechperson oder -stelle für rassistische Diskriminierung definiert wird. Des weitern wird geprüft, ob ein Merkblatt für städtische Angestellte betreffend Rassismus und Diskriminierung erarbeitet wird (wie es dies zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz bereits gibt).

Und schliesslich setzt der Aktionsplan *Zeichen*: Rassismus ist nicht als natürliche gesellschaftliche Erscheinung zu tolerieren. Vielmehr muss und kann Rassismus überwunden werden. Dazu müssen die politischen Autoritäten entschiedene Stellung beziehen gegen Rassismus. Das tut die Stadt Bern mit dem Beitritt zur Koalition und dem Aktionsplan einmal mehr.

Als Frist für die Umsetzung der Massnahmen setzt sich die Stadt Bern vier Jahre. Nach Ablauf dieser Frist, sprich im Frühling 2013, wird der Gemeinderat darüber beschliessen, ob und welche neuen Massnahmen für weitere vier Jahre entwickelt werden. Damit ist auch schon gesagt, dass der vorliegende Aktionsplan weder als abschliessend noch als einmalig zu verstehen ist. Es gibt sicher unzählige mögliche weitere Massnahmen, um gegen Rassismus vorzugehen. Wir können aber nicht alles aufs Mal tun, deshalb schlagen wir vorerst 37 Tätigkeiten vor und überprüfen in vier Jahren die Situation erneut. Wir verstehen diese vier Jahre, die sich die Stadt Bern für die Umsetzung gibt, deshalb auch als Chance, um eine Einschätzung der Situation vorzunehmen, um eine Übersicht über die laufenden Aktivitäten zu gewinnen und schliesslich den Handlungsbedarf zu benennen. Diese Erkenntnisse sollen in vier Jahren in einen weiteren oder angepassten Aktionsplan einfliessen.

Alle zwei Jahre muss die Mitgliedsstadt einen Bericht über die Umsetzung der kommunalen Massnahmen des Zehn-Punkte-Aktionsplans zuhanden des wissenschaftlichen Sekretariats der Koalition erstellen. Der beigetretenen Stadt steht es frei, welche Aktionen sie als prioritär einstuft, sie ist aber aufgefordert, möglichst rasch mindestens eine Massnahme aus jedem der 10 Handlungsfelder umzusetzen. Das Kompetenzzentrum Integration hat einen entsprechenden Zeitplan sowie die Reporting-Instrumente für die beteiligten Stellen erarbeitet. Wo nötig initiiert das Kompetenzzentrum Integration die Umsetzung der Massnahmen oder unterstützt die zuständigen Dienststellen dabei. Das Kompetenzzentrum Integration trägt auch die Verantwortung für das Reporting gegenüber der UNESCO und fungiert damit als Kontrollorgan bezüglich der Umsetzung der Massnahmen.

Nachdem der Beitritt der Stadt Bern zur Städte-Koalition durch den Lenkungsausschuss der Europäischen Städte-Koalition im Mai genehmigt wurde, können nun die federführenden Stellen die Realisierung der einzelnen Massnahmen anpacken. Die Umsetzungsphase beginnt mit einem Kick-off am 23. Juni 2009. Edith Olibet hat es schon erwähnt: Am Kick-off wird die Ausstellung des swissblacks-Jugendprojekts eröffnet und damit der Startschuss für die Umsetzung des Aktionsplans gegeben. An dieser halböffentlichen Veranstaltung, an die alle Beteiligten, die Postulantinnen und Postulanten und weitere interessierte Personen und Stellen eingeladen sind, soll aber nicht zuletzt der Beitritt zur Koalition gefeiert werden.

Ich freue mich auf die Umsetzung des Aktionsplans und bin sicher, dass aus den vorliegenden 37 Massnahmen viel Neues entstehen wird, das weit über die als Frist gesetzten vier Jahre hinaus wirken wird.